

„Abstimmungsergebnis war keine Überraschung“

Plauen – Ohne Kenntnis der Stadt- und Aufsichtsräte – ausschließlich nach haushalterischen Erwägungen – habe der Plauener Oberbürgermeister in Zwickau verhandelt, übt CDU-Stadtrat und Aufsichtsratsmitglied der Theater Plauen-Zwickau GmbH, Prof. Dr. Lutz Kowalzik, Kritik am Verhalten des Plauener Stadtoberhauptes im Zusammenhang mit den Gesprächen über einen neuen Grundlagenvertrag für das fusionierte Haus.

Bereits bei der Sitzung des Kulturausschusses des Plauener Stadtrates im Oktober seien die Vorschläge der Verwaltung zur Veränderung von Grundlagen- und Gesellschaftervertrag der Theater GmbH einmütig abgelehnt worden, stellt Kowalzik seine Sicht der Dinge dar. Auch der Finanzausschuss habe nicht zugestimmt. Weitere Abstimmungen habe der OB in den folgenden Vorbereitungen der Ausschüsse unterlassen. Gleichwohl aber habe Oberdorfer die Nachforderung der Zwickauer Stadträte widerspruchslos übernommen, nun, außer im Aufsichtsrat, auch noch in der Gesellschafterversammlung einen allein bestimmenden Einfluss der Zwickauer Seite einzuführen. Die eingeräumte sogenannte Sperrminorität in der Gesellschafterversammlung betrifft Kowalzik zufolge im Wesentlichen nur Punkte, die nach Gesellschaftsrecht ohnehin einer solchen unterliegen. „Der OB war nicht bereit, die Forderungen seiner Stadträte in Zwickau wirksam zu verhandeln“, übt das Aufsichtsratsmitglied harsche Kritik. Daher sei das Ergebnis der Abstimmung im Plauener Stadtrat am 18. Dezember keine wirkliche Überraschung. Folgende Szenarien sind nun aus Sicht von Prof. Kowalzik in der Theaterfrage für den Plauener Stadtrat zumutbar und zustim-

mungsfähig:

- Szenario 1: Annahme des Kulturpaktes mit 95 prozentiger Tarifangleichung an den Flächentarifvertrag i.R. eines neuen Haustarifvertrages ohne (a) bzw. mit bei 1,5 Prozent gedeckelten (b) weiteren Tarifierhöhungen in den drei Folgejahren und Fortsetzung des Sozialverzichtes des Orchesters mit Beibehaltung des 40:60 Finanzierungsanteils Plauen und unveränderten Stimmverhältnissen in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat.

Für Plauen entstünden durchschnittlich im Falle (a) 500 000 Euro, im Falle (b) 300 000 Euro Kosten. Was bei der Feuerwehr-Beamtung möglich war sollte in gleicher Größenordnung auch beim Theater möglich sein, argumentiert Kowalzik. Zudem sei eine Entlastung Plauens durch den Kreistags-Haushalt in Höhe von rund 800 000 Euro jeweils in den Jahren 2019 und 2020 zu erwarten.

- Szenario 2: Vollständige Annahme des Kulturpaktes, Absenkung des Finanzierungsanteils Plauen auf 32,5 :67,5 allerdings bei einer Parität in der Gesellschafterversammlung entsprechend den Gesellschafteranteilen, Stimmverhältnis im Aufsichtsrat 5:6. Weitere Strukturmassnahmen bedürfen der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

„Es bleibt zu hoffen, dass auch nach den Kommunalwahlen zumindest ein sachorientierter, dem produzierenden Mehrsparten-Theater gegenüber aufgeschlossener Aufsichtsrat aus Zwickau delegiert wird. Damit wären einseitige Beschlüsse gegen die Plauener Seite unwahrscheinlich“, fügt Prof. Kowalzik abschließend an, der persönlich Szenario 1 favorisiert. Beide Szenarien sollte der OB mit den Fraktionsvertretern und in Zwickau verhandeln.

VA 22.12.18